

Presseerklärung des Sicherheitsrats zur Situation in der Demokratischen Republik Kongo

NEW YORK, 1. August 2019 Die Mitglieder des Sicherheitsrats kamen am 24. Juli 2019 zusammen, um die Situation in der Demokratischen Republik Kongo und die c(n)6-

,30()- keWen der

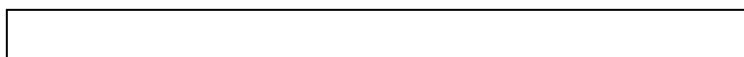
tischen Republik Kongo (MONUSCO) zu erörtern. Sie wurden von der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, Leila Zerrougui, über die politische, menschenrechtliche, Sicherheits- und humanitäre Lage in dem Land unterrichtet.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats nahmen einige positive neue politische Entwicklungen in der Demokratischen Republik Kongo seit der Wahl von Präsident Tshisekedi zur Kenntnis. Sie begrüßten die Bemühungen von Präsident Tshisekedi um Aussöhnung, Frieden und Stabilität in dem Land. Sie begrüßten ferner die von ihm unternommenen Schritte zur Öffnung des politischen Raums, einschließlich der Freilassung von Mitgliedern der politischen Opposition und der Zivilgesellschaft, die Rückkehr politischer Akteure in die Demokratische Republik Kongo und seine Bemühungen zur Unterstützung der Meinungsfreiheit und des Rechts der freien Meinungsäußerung, und legten ihm nahe, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um seiner Verpflichtung nachzukommen, die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch die Regierung der Demokratischen Republik Kongo zu gewährleisten. Sie begrüßten ferner seine Entschlossenheit zur Bekämpfung der Korruption und der Straflosigkeit und forderten weitere Anstrengungen, die für solche Verbrechen Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Sie unterstrichen, wie wichtig es ist, eine Regierung zu bilden, die die von Präsident Tshisekedi eingegangenen Verpflichtungen zur Verwirklichung der nationalen Einheit, zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und zur Förderung der politischen Inklusivität und der Friedenskonsolidierung erfüllen kann.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats begrüßten die Initiativen von Präsident Tshisekedi zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit und die erneuerten Zusagen der Demokratischen Republik Kongo und ihrer Nachbarn, bei der Bekämpfung der Unsicherheit im Osten des Landes zusammenzuarbeiten, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, die tieferen Konflikursachen anzugehen, insbesondere die illegale Ausbeutung natürlicher Ressourcen und den unerlaubten Handel damit, und den wiederkehrenden Zyklen der Gewalt ein Ende zu setzen, wie im Rahmenabkommen über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit für die Demokratische Republik Kongo und die Region vorgesehen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats begrüßten die Verbesserung der Sicherheitslage in einigen Teilen der Demokratischen Republik Kongo. Sie äußerten sich jedoch besorgt über die Verschlechterung der Sicherheitslage in einigen Gebieten im Osten des Landes, insbesondere in den Provinzen Ituri und Nord-Kivu, sowie über die bedenkliche humanitäre Lage. Sie forderten alle Akteure auf, die Gewalt zu beenden.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats verurteilten erneut alle in der Demokratischen Republik Kongo operierenden bewaffneten Gruppen und ihre Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, insbesondere Angriffe auf die Zivilbevölkerung, Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetes Personal und humanitäre Akteure, Sanitätspersonal und medizinische Einrichtungen, die Verstöße gegen das sonstige anwendbare Völkerrecht und die Verletzungen der Menschenrechte. Sie begrüßten die von einigen Mitgliedern dieser bewaffneten Gruppen eingegangenen Verpflichtungen zur Entwaffnung, Demobilisierung und Rückkehr ins zivile Leben und begrüßten die Rolle der MONUSCO bei der Unterstützung dieses Pro-



zesses. Sie ermutigten die Regierung der Demokratischen Republik Kongo, mit Unterstützung ihrer Partner maßgeschneiderte Initiativen zu entwickeln, um Anreize für Kämpfer zu schaffen, sich demobilisieren zu lassen und in ein friedliches ziviles Leben überzuwechseln. Die Mitglieder des Sicherheitsrats begrüßten außerdem die Entschlossenheit der Behörden zum Kampf gegen die Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen und -übergriffen, einschließlich sexueller Gewalthandlungen, und ermutigten sie, die Verantwortlichen für solche Verletzungen und Übergriffe zur Rechenschaft zu ziehen.